

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/224

Bad Godesberg, den 23. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Nicht die Institution zugrunde richten:</u> <u>Zur Auseinandersetzung um das "Ant Hooten"</u> Von Ernst Paul, MdB	69
2 a	<u>Verögerungstaktik schafft Unruhe</u> <u>Zum Tarifstreit im öffentlichen Dienst</u>	45
3	<u>Krise in der USR+UDT</u> <u>Absage der Konservativen</u> Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer	50
	<u>FRAU UND GESSELLSCHAFT bringt heute:</u>	
1 - 2	"Vor Beitragserstattung bei Heirat wird gewarnt" von Paul Schmidt	
2	"Studierendum nicht verzweifeln" Lucie Kurlbaum-Beyer kritisiert Steuerurteil	
3	Aus den Parlamenten	
3	Personalien	

Nicht die Institution zugrunde richten

Zur Auseinandersetzung um das "Amt Hoogen"

Von Ernst Paul, MdB

Natürlich ist die Bestellung des Wehrbeauftragten nicht von allen Seiten lobhaft begrüßt worden. Da waren die Gestrigen, die sagten, daß ein bißchen Schinderei beim Kommiß nichts schade, denn dann werde aus einem Kerl erst ein Mensch. Da waren andere, die im Kriege zu bester Kameradschaft zusammengefunden hatten und für die das Einsteigen für einander ohne Beachtung des Rangabzeichens zur Selbstverständlichkeit geworden war. Da waren die Neuen in der Bundeswehr, die in der Institution, die man ihnen vom Parlament vorsetzte, ein Mißtrauen gegenüber sich erblickten. Da waren also viele, denen die ganze Richtung nicht paßte. Denn ein Wehrbeauftragter stellte militärpolitisches Neuland dar.

So manche im deutschen Volk, die sich für zuständig hielten, haben sich übersehen, wie die Menschen sich geändert haben. Der ausgebildete Industriearbeiter, der im Beruf komplizierte Maschinen bedienen muß, hat mit dem Muschkoter von einst nicht zu vergleichen. Der wehrpflichtige Angestellte, der in seinem Betrieb eine wichtige Arbeit leistet, ist häufig dem militärischen Ausbilder geistig überlegen. Jedermann ist heute empfindlicher als früher. Menschenwürde ist keine leere Forderung mehr. Und beim Militär von heute fragt gerade der Mann, auf den es ankommt, mehr nach dem Warum einer Sache, als nach dem simplen Nuß bei der Durchführung eines Befehles.

Dies waren Gesichtspunkte, die bei der Planung und nach der Aufstellung der Bundeswehr einen Teil der Volkvertretung und moderne Soldaten veranlaßten, über die innere Führung nachzudenken. Dies war auch der Grund für die Schaffung der Institution des Wehrbeauftragten. Keiner der Gründe, die damals den Bundestag bestimmten, ist inzwischen weggefallen. Es sind personelle Schwierigkeiten oder sachliche Unzulänglichkeiten, die heute gern zum Vorwand genommen werden, die Berechtigung der ganzen Institution in Zweifel zu ziehen.

Dabei sollte der Bundestag zunächst selbst den seinerzeit gemachten Fehler erkennen und beseitigen. Die SPD hatte vorgeschlagen, daß der Wehrbeauftragte einen vom Parlament gewählten Stellvertreter bekommen sollte - dieser Antrag wurde abgelehnt. Man lese die Rede nach, die

damals Fritz Erler zur Begründung im Bundestag gehalten hat. Zu den Verneinern dieses Vorschlages gehörten nicht zuletzt die freien Demokraten, die - nicht wahr, Herr Mende ? - befürchteten, daß sich auf diese Weise ein Proporzsystem der Großen entwickeln könnte. Heute weiß jeder Sachkundige, wie richtig dieser Vorschlag war und wie er uns, wäre er verwirklicht worden, in der Sache so manchen Kummer erspart hätte.

Denn da es keinen vom Parlament gewählten Stellvertreter gab, mußte sich automatisch ein Beamter zum Stellvertreter entwickeln. Dies waren die Hintergründe im Falle Engst. Und dies mag auch die Ursache gewesen sein, daß jüngst sich ein Beamter selbst eine Dienstreise nach Sardinien bewilligte - was kaum aufgefallen wäre, wenn der Mann nicht blöd geschwätzt hätte.

Wenn, wie vorgeschlagen ist, das Gesetz überprüft werden soll, kann ergänze man es im Sinne des seinerzeitigen sozialdemokratischen Vorschlages. Ein vom Parlament zu wählender Stellvertreter des Wehrbeauftragten ist zu bestellen. Beide gewählten Männer werden sich um der Sache willen über die Aufteilung ihrer Arbeit verständigen müssen und das dürfte leichter möglich sein, als die bürokratischen Intrigen zu überwinden.

Man befahre keine Nebengeleise. Nicht um eine Klärung der Aufsichtskompetenzen des Bundestagspräsidenten geht es, denn für Kontrolle und Weisungen ist der Verteidigungsausschuß des Parlaments da. Man wälze eventuell vorhandene Unzulänglichkeiten auch nicht in einen Untersuchungsausschuß breit, denn damit liefert man nur den Feinden der Institution Material. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages möge sich nun endlich die Zeit nehmen, den Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiter anzuhören und zu überprüfen.

Mit einem Unfug sollte auch endlich Schluß gemacht werden. Manche Zeitungen haben sich angewöhnt, über das "Amt Hoogen" zu schreiben. Mit Verlaub - ein solches Amt gibt es nicht. Es gibt, wer immer auch zur Leitung bestellt sein mag, nur die Institution des Wehrbeauftragten. Wenn man in dieser leichtfertigen Titelgebung fortfährt, kann es passieren, daß jemand auch einmal vom "Amt Gerstenkaier" redet und dagegen würde sich sicherlich der Herr Präsident des Deutschen Bundestages nachdrücklich verwahren.

Verzögerungstaktik schafft Unruhe

Zum Tarifstreit im öffentlichen Dienst.

sp. Seit dem 1. Juli 1967 herrscht im öffentlichen Dienst der tariflose Zustand. Monatelang haben die Arbeitnehmer auf ein Angebot von Bund, Ländern und Gemeinden warten müssen. Hinter dieser Wartezeit verbarg sich nicht etwa böser Wille der Bundesregierung. Diese Zeit war notwendig, um die konjunkturelle Entwicklung nach den Maßnahmen des Bundes absehen zu können und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung die Bundesfinanzen in Ordnung zu bringen. Die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst haben sicherlich mit Aufmerksamkeit verfolgt, daß im Bundeshaushalt für 1968 eine Summe für Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst eingeplant worden ist. Ihr Zorn richtet sich gegen die Länder, die dafür plädiert haben, diese eingeplanten Mittel für die Erhöhung wieder zu streichen.

Bundesinnenminister Lücke, der mit der Gewerkschaft ÖTV nicht als Vertreter der Bundesregierung, sondern als Beauftragter von Bund, Ländern und Gemeinden die Verhandlungen führt, hat ein Angebot gemacht, das nach einer solch langen Wartezeit allenfalls als ein Ansatz zu einer Verhandlungsgrundlage gelten kann. Offensichtlich ist dieses Angebot von 2 % Lohnerhöhung ab 1. Januar 1968 der niedrigste gemeinsame Nenner der Auffassungen von Bund, Ländern und Gemeinden. Eine Lohnpause im öffentlichen Dienst für 1968 ist jedoch vor dem Hintergrund des zu erwartenden konjunkturellen Aufschwungs nicht möglich; ein solcher Abschluß im öffentlichen Dienst würde nicht nur zur Beunruhigung der Gewerkschaften allgemein, sondern zu von vornherein verhärteten Fronten führen.

Jedermann weiß, daß die finanzielle Situation der Gemeinden nicht rosig ist; auch die Länder führen beredete Klage über die Knappheit ihrer Mittel. Die Notwendigkeit der Finanzreform ist anerkannt; jedoch wird sie durch das langwierige Diskutieren der Gemeinschaftsaufgaben nicht gerade beschleunigt. Den größten Nachteil davon haben die Gemeinden, deren Hoffnungen auf eine Gemeindefinanzreform eng mit der Durchsetzung der allgemeinen Finanzreform verknüpft sind. Es sollte hier aber niemand versuchen, die Tarifverhandlungen mit der ÖTV und den anderen Gewerkschaften als Hebel zu benutzen.

Niemand kann einsehen, wieso die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes erst am 30. November wieder zusammenkommen sollten. Umso begrüßenswerter, daß die Bundesregierung den Termin auf den kommenden Samstag vorverlegt hat. Dort sollte dem öffentlichen Dienst für 1968 ein Angebot gemacht werden, das sowohl die Möglichkeit zu Arbeitszeitverkürzungen als auch zu linearen Einkommenssteigerungen enthält. Bei diesem Angebot ist in jedem Falle zu beachten, daß es die konjunkturelle Situation des Jahres 1968 erfordert, auch eine maßvolle Steigerung der Nachfrage, wie in der konzertierten Aktion beabsichtigt, zu erreichen.

Krise in der UMR-UDT

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Die letzten Wahlschläpfen veranlassen Frankreichs Regierungspartei UMR-UDT seit einigen Wochen zu einer "Erneuerungskampagne". Als Höhepunkt findet am letzten Novembersonntag ein Parteitag in Lille statt. Unmittelbar danach wird General de Gaulle im Elysée eine Pressekonferenz geben.

Der Auftakt ist für die gaullistische Führung enttäuschend. Der Versuch einer Annäherung Pompidous an die "Républicains Indépendants" (Unabhängige Republikaner - Konservative) führte zu einem doppelten Misserfolg. Die Rechtsbürgerlichen weisen das Angebot zurück, die Linksgaullisten protestieren gegen Pompidous konservativen Kurs und boykottieren den bevorstehenden Parteitag.

Nach jahrelanger Verharmlosung der Kommunistischen Partei appellieren die gaullistischen Sonntagsredner jetzt plötzlich an "antikommunistische" Gefühle. Bis jetzt hatte man die Kommunistenangst der Konservativen verhöhrt und um Linkswähler gebuhlt. Nun dreht man den Spieß um und zieht "antikommunistische" Seiten auf. Eine Kehrtwendung von 180 Grad. Eine doppelte Abfuhr ist die Folge. Einerseits erteilt der frühere Finanzminister Giscard d'Estaing eine ironische Absage. Als Chef der Konservativen belehrt er die Gaullisten, daß ein "billiger Antikommunismus" den heutigen Gegebenheiten nicht mehr entspreche. Viel mehr sei eine vernünftige Lösung der sozialen Frage dringend notwendig.

Genau das hatten die Gaullisten jahrelang proklamiert, als konservative Kreise das Gespenst des Kommunismus an die Wand gemalt hatten. Nun müssen sie sich von den Giscardisten die gleiche Lektion erteilen lassen. Damit ist Pompidous Annäherungsversuch gescheitert.

Andererseits sind die Linksgaullisten über den verstärkten Rechtskurs Pompidous errötet. Der Zusammenschluß der linksgaullistischen UDT (Union du Travail) mit der UMR zu einem Doppelgebilde mit sechs Buchstaben war von Anfang an eine zweifelhafte Angelegenheit. Seit den Wahlen 1967 sind die Linksgaullisten immer widerspenstiger geworden. Sie sind überzeugt, daß Pompidou und seine Minister eine "reaktionäre" Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben, dadurch immer mehr Wähler den Linksparteien in die Arme treiben und schließlich für die Zeit nach de Gaulle ein konservatives Regiment vorbereiten.

Capitant und Vallon - Verfasser des Plans für sogenannte Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer - verkünden deshalb im Namen der UDT in ihren Zentralorgan "Notre République", daß sie am nächsten Parteitag nicht teilnehmen. Auch die linksgaullistische "Front Travailiste" wird in Lille nicht vertreten sein.

Der offene Abfall der Linksgaullisten ist ein schwerer Schlag für das "Image" der UMR. Sie erscheint immer mehr als Rechtspartei, ohne aber bei den Konservativen Anklang zu finden. Sie verliert Linkswähler, ohne Rechtswähler zu gewinnen. Der Gaullismus zerfällt noch zu de Gaulles Zeiten, nicht nur in Rechts- und Linksgaullisten, sondern auch in Widerstandsgaullisten à la Capitant und in Regierungsgaullisten à la Pompidou. Der Streit zwischen Gestern und Heute erreicht Ausmaße, die das morgen leicht voraussagen lassen; nach de Gaulle wird es keine regierungsfähige gaullistische Partei mehr geben.